



SSK - Schweizerische Staatsschreiberkonferenz
CCE - Conférence suisse des Chanceliers d'Etat
CCS - Conferenza svizzera dei Cancellieri di Stato

Tätigkeitsbericht

für den Zeitraum vom 1. Juli 2024 bis 30. Juni 2025



www.cce-ssk.ch

info@www.cce-ssk.ch

Inhaltsverzeichnis

1	Organe und Mutationen	3		
1.1	Zusammensetzung des Vorstands	3		
1.2	Mutationen	3		
2	Tätigkeiten der Konferenz	4		
2.1	Vorstandssitzungen	4		
2.2	Plenarverkonferenzen	4		
2.2.1	Herbstkonferenz vom 6. und 7. September 2024 in Solothurn (SO)	4		
2.2.2	Frühlingskonferenz vom 27. und 28. März 2024 in Stans (NW)	4		
2.2.3	Studienreise	5		
2.3	Arbeitsgruppe «Zukunft»	5		
3	Vertretung in anderen Institutionen	6		
3.1	Konferenz der Konferenzpräsidenten	6		
3.2	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)	6		
3.3	Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)	6		
3.4	Leitender Ausschuss der ch Stiftung	6		
3.5	Organisationskomitee des ch Regierungsseminars	7		
3.6	Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	7		
3.7	Institutsrat des Instituts für Föderalismus	7		
3.8	Interkantonale Kontaktgruppe Axioma	7		
3.9	Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung	8		
3.10	Weitere Vertretungen	8		
3.10.1	Interkantonale Fachgruppe E-Government (FG e-Gov)	8		
3.10.1	Fachgruppe Digitale Verwaltung der SSK	9		
4	Laufende Projekte:	10		
4.1	E-Voting	10		
4.1.1	Steuerungsausschuss E-Voting	10		
4.1.2	Arbeitsgruppe Vote électronique der Staatsschreiberkonferenz	11		
4.2	Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	11		
4.2.1	Arbeitsgruppe Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	11		
5	Weitere Tätigkeiten	12		
5.1	Veröffentlichung von Studien	12		
5.2	Interkantonale Vergleiche	12		

Freiburg, August 2025

Korrespondenzadresse

—

Schweizerische Staatsschreiber-Konferenz, c/o Staatskanzlei des Kantons Bern, Postgasse 68, 3000 Bern,
Tel.: +41 131 636 64 08. E-Mail: info@ssk-cce.ch, www.cce-ssk.ch

Titelbild: Frühjahrskonferenz, Stans 2025

1 Organe und Mutationen

1.1 Zusammensetzung des Vorstands

Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Präsidium	Stefan Bilger, SH (bis zum 30. Juni 2025) Danielle Gagnaux-Morel, FR (ab dem 1. Juli 2025)
Vizepräsidium	Kathrin Arioli, ZH
Vertreter des Bundes	Viktor Rossi, Bundeskanzler
Generalsekretärin	Danielle Gagnaux-Morel, FR (bis zum 30. Juni 2025) Christoph Auer, BE (Generalsekretär ab dem 1. Juli 2025)
Verantwortlicher Institutionen	Roger Nobs, AR

Zum Ende des Berichtsjahrs kommt es zu einem Wechsel im Präsidium: Stefan Bilger trat nach insgesamt achttjährigem Engagement im Vorstand der Konferenz, davon fünf Jahre als Vizepräsident und drei Jahre als Präsident, von seiner Funktion zurück. Neu als Präsidentin wurde die bisherige Generalsekretärin, Danielle Gagnaux-Morel, FR, gewählt. Stefan Bilger hat sich mit viel Freude, Elan und Engagement für den Zusammenhalt und das gute Zusammenwirken aller Staatsschreiberinnen und Staatsschreiber eingesetzt. Die Konferenz wurde unter Stefan Bilgers Präsidium weiter professionalisiert. So haben die eingesetzten Arbeitsgruppen wichtige Themenfelder in der Zuständigkeit der Staatskanzleien bearbeitet (E-Voting, digitale Verwaltung, Arbeitsgruppe Zukunft). Eine Professionalisierung der Gremienarbeit und die Stärkung der SSK wurde mit der Erweiterung der Geschäftsstelle eingeleitet. Stefan Bilger prägte die Konferenz mit seiner pragmatischen, lösungsorientierten und offenen Art. Für sein jahrelanges Engagement für unsere Konferenz danke ich ihm im Namen aller Mitglieder der Konferenz ganz herzlich.

Kathrin Arioli, ZH

1.2 Mutationen

Am 1. August 2024 wurde Roman Dobler zum Ratschreiber des Kantons Appenzell Innerrhoden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Markus Dörig an, der in den Ruhestand ging.

Am 1. Februar 2025 wurde Michael Hasler von der Regierung des Fürstentums Liechtenstein zum Regierungssekretär ernannt. Er tritt an die Stelle von Horst Schädler, der beschlossen hat, im April 2025 in den Ruhestand zu gehen.

2 Tätigkeiten der Konferenz

2.1 Vorstandssitzungen

Im Berichtsjahr trat der Vorstand viermal zusammen: am 16. August 2024, am 9. Dezember 2024, am 27. Januar 2025 und am 10. Juni 2025.

Der Vorstand der SSK befasste sich mit der Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und widmete dabei der Frage der Neuordnung des Beschwerdewegs besondere Aufmerksamkeit. Die Kantone wurden eng in diese Überlegungen einbezogen, mit dem Ziel, diesen komplexen Aspekt zwischen den verschiedenen institutionellen Ebenen zu klären. Die Gesetzesreform zielte auch darauf ab, blinden und sehbehinderten Menschen den Zugang zum Abstimmen unter Wahrung des Stimmgeheimnisses zu gewährleisten. Der Vorstand nahm die diesbezüglichen Fortschritte zur Kenntnis und diskutierte sie in seinen Sitzungen.

Darüber hinaus hielt der Bundeskanzler den Vorstand regelmässig über mögliche Wege zur Stärkung der Integrität für die Unterschriftensammlung auf dem Laufenden, nachdem im Herbst 2024 ein neues Mengengerüst an mutmasslichen Fällen von Fälschungen aufgedeckt worden waren.

Der Vorstand tauschte sich auch über die Entwicklungen in den Bereichen E-Voting, digitale Unterschriftensammlung (E-Collecting) sowie Digitalisierung und digitale Verwaltung aus, die seit mehreren Jahren zentrale Themen der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz sind.

Schliesslich analysierte der Vorstand in seinen verschiedenen Sitzungen verschiedene Optionen zur Konsolidierung und Stärkung der Arbeitsweise der Konferenz, so etwa die Erweiterung des Vorstands und die Einrichtung eines Sekretariats mit erweiterten Befugnissen, um eine bessere Begleitung der gesamten Konferenz zu gewährleisten. Die künftige Definition des Pflichtenhefts des Sekretariats und die Arbeitsweise des erweiterten Vorstandes wurden ebenfalls eingehend erörtert.

2.2 Plenarverkonferenzen

2.2.1 Herbstkonferenz vom 6. und 7. September 2024 in Solothurn (SO)

Die Herbstkonferenz der Schweizer Staatsschreiber genehmigte den Jahresbericht, die Jahresrechnung, den Voranschlag, legte die Mitgliederbeiträge fest und befasste sich mit der Verstärkung ihres Sekretariats. Mutmassliche Fälschungen von Unterschriften für eidgenössische Volksinitiativen und Referenden, vor allem in der Westschweiz, wurden diskutiert und führten zu sofortigen Massnahmen zur Verbesserung der Kontrolle; sie machten deutlich, dass eine umfassendere Reflexion nötig ist. Abschliessend tauschte sich die Konferenz unter Einbeziehung externer Fachleute über den aktuellen Stand der Technologie der vote électronique aus.

2.2.2 Frühlingskonferenz vom 27. und 28. März 2024 in Stans (NW)

Die Frühjahrskonferenz befasste sich mit der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Die Redner betonten, wie wichtig das Vertrauen zwischen diesen Bereichen ist, und stellten konkrete Beispiele für die Unterstützung der Wissenschaft bei der strategischen Entscheidungsfindung, insbesondere in Krisenzeiten, vor. In interaktiven Sitzungen fand ein Austausch statt.

Die Versammlung wurde über die Entwicklung des E-Votings (Tests, Versuche, Erneuerung der Bewilligungen, nächste Schritte) sowie über das Engagement für die Integrität von Unterschriftensammlungen, das Monitoring durch die Gemeinden und die Ausarbeitung eines Verhaltenskodexes für die Unterschriftensammlung informiert.

Nachdem der Präsident Stefan Bilger angekündigt hatte, dass er im Juli 2025 zurücktreten werde, wurden Danielle Gagnaux-Morel zur Präsidentin und Christoph Auer zum Generalsekretär gewählt. Der Vorstand der

Konferenz wird von fünf auf sieben Mitglieder erweitert, um künftigen Herausforderungen besser begegnen zu können

2.2.3 Studienreise

Die Studienreise, welche die Konferenz alle drei Jahre durchführt, ging dieses Jahr nach Dänemark. Ziele der Weiterbildungsreisen der SSK sind das Studium und die Analyse des Staatsaufbaus, der Staatsstrukturen, der Zuständigkeiten und Aufgaben der verschiedenen Staatsebenen und das Verständnis der politischen Prozesse in den jeweiligen Staaten. Schwerpunkt der diesjährigen Reise war die digitale Transformation des Staates. Dänemark rangiert in verschiedenen staatlichen Rankings diesbezüglich auf vorderen Plätzen (siehe beispielsweise eGovernment Benchmark 2024), deshalb lag die Reise in diesen – für einmal nicht föderalistischen – Staat nahe.

Die Delegation wurde am Flughafen von Botschafter Mauro Reina empfangen. Am ersten Abend gab es eine Dinner Reception an der Schweizer Botschaft mit einem einführenden Vortrag von Prof. Frederik Georg Hjorth, Danish and Comparative Politics Research Group, der Universität Kopenhagen. Mit unterschiedlichsten Gästen konnten zahlreiche Gespräche geführt und Kontakte geknüpft werden.

Am nächsten Morgen stand als erstes ein Besuch beim Digital Hub Denmark auf dem Programm. Vanessa Lista, Head of Govtech & Partnerships, führte die Delegation konzis und inspirierend in Wissenswertes über den digitalen Staat Dänemark ein. Sie schilderte eindrücklich die Erfolge und auch Stolpersteine auf dem Weg, den Dänemark gegangen ist. Als nächstes wurden wir von der dänischen Ministerin für Digital Government empfangen. Sie beantwortete uns zahlreiche Fragen, so z. B. nach der digitalen Souveränität, nach Standards für die Digitalisierung oder nach den wichtigsten Erfolgsfaktoren der dänischen digitalen Verwaltung. Schliesslich trafen wir den Direktor der Dänischen Regionen, Adam Wolf. Am folgenden Tag ging die Reise nach Aarhus. Dort besuchten wir u.a. das Rathaus, einen modernen funktionalistischen Bau des dänischen Architekten Arne Jacobsen. Anschliessend erhielten wir Einblick in die Tätigkeit einer kommunalen Digitalisierungsbeauftragten und besuchten ein Spital, wo wir Aufschlussreiches lernen konnten über das digitale Gesundheitswesen. Das Programm wurde abgerundet durch den Besuch eines IT-Unternehmens, das führend ist in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Gesundheitswesen. Vor der Rückreise nach Kopenhagen besuchten wir schliesslich das Aros Art Museum, eines der grössten Kunstmuseen Nordeuropas.

An dieser Stelle möchte ich mich nochmals herzlich bei der Schweizer Botschaft in Dänemark bedanken. Missionschef Mauro Reina und sein Team haben uns drei sehr interessante, lehrreiche und inspirierende Tage ermöglicht. Wir danken für die Gastfreundschaft und die ausgezeichnete Organisation der Reise.

Kathrin Arioli, ZH

2.3 Arbeitsgruppe «Zukunft»

Die Arbeitsgruppe «Zukunft» hat im Berichtszeitraum zweimal getagt (6. September 2024 und 8. Januar 2025). Dabei hat sie eine systematische Übersicht der diversen strategischen Leitungsgremien erarbeitet, in denen Mitglieder der SSK Einsitz nehmen. Auf dieser Grundlage sollen in Zukunft eine gezieltere Steuerung durch die SSK sowie eine bessere Wahrung der SSK-Interessen erreicht werden. Ausserdem hat die Arbeitsgruppe die Organisation einer wissenschaftlichen Tagung zusammen mit anderen Partnern sowie die Möglichkeit von internen Weiterbildungsveranstaltungen erörtert.

Christoph Auer, BE

3 Vertretung in anderen Institutionen

Im Berichtsjahr wurde die Konferenz durch einige ihrer Mitglieder oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzleien in verschiedenen Institutionen vertreten. Deren Vertreter berichten in den folgenden Absätzen kurz über ihre Tätigkeit.

3.1 Konferenz der Konferenzpräsidenten

Die SSK war an der Präsidienitzung der KdK-Direktorenkonferenzen vom 9. September 2024 im Haus der Kantone in Bern durch Roger Nobs, Verantwortlicher Institutionen, und an der Präsidienklausur vom 5./6. Februar 2025 in Konolfingen ebenfalls durch Roger Nobs, Verantwortlicher Institutionen, vertreten. An der Präsidienklausur wurden unter anderem folgende Themen behandelt: Die Volksinitiativen «Für eine soziale Klimapolitik» und «Keine 10-Millionen-Schweiz», die Gesamtstrategie Asyl, das neue Dienstpflichtmodell, die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS), das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt, das Projekt Entflechtung 27 sowie das Dossier «Europapolitik».

Dr Stefan Bilger, SH

3.2 Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Die KoSeKo koordiniert die Bearbeitung der Geschäfte zwischen den Fachdirektorenkonferenzen und der Konferenz der Kantonsregierungen und fördert die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch im Haus der Kantone. Auch die SSK hat einen Sitz in der KoSeKo. Im Berichtsjahr konzentrierte sich die Arbeit des Gremiums auf die Koordination in den grossen Themen, die die meisten oder alle interkantonale Konferenzen beschäftigen: Die Verhandlungen der Schweiz mit der EU, die Entflechtung der Aufgaben von Bund und Kantonen sowie das Entlastungsprogramm 2027 des Bundes und dessen Auswirkungen auf die Kantone.

Roger Nobs, AR

3.3 Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)

Am 6. September 2024 wurden die Aufgaben der Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) an die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) übertragen. Diese beinhalten das Management von eOperations AG (siehe Kapitel 3.6).

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.4 Leitender Ausschuss der ch Stiftung

Der Leitende Ausschuss trat am 7. November 2024 und am 28. April 2025 zusammen. Im November überprüfte er die Umsetzung des Programms 2021-2024 (Föderalismusmonitoring, ch Regierungsseminar, Interkantonale Konferenz «Citoyenneté», Föderalismuspreis, ch Reihe) und legte die Prioritäten für 2025 fest, darunter das auf die Zukunft des Föderalismus ausgerichtete Projekt «Föderalismus 2048». Ausserdem wurde ein Verhaltenskodex für die Nutzung von Social Media verabschiedet. Im April bestätigte der Vorstand die Jahresrechnung 2024 und den Voranschlag der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, präziserte die Ziele des Projekts «Föderalismus 2048» und diskutierte die Finanzen des Instituts für Föderalismus und eine mögliche Unterstützung desselben durch den Bund.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.5 Organisationskomitee des ch Regierungsseminars

Das ch Regierungsseminar dient als Plattform zum Austausch, zur Weiterbildung und zur Vernetzung von Regierungsrätinnen und Regierungsräten und soll den Föderalismus generell stärken und festigen. Es bietet Personen mit Regierungsverantwortung die Möglichkeit, sich über Megatrends und aktuelle Herausforderungen zu informieren und sich auszutauschen. Ein Organisationskomitee bereitet mit Unterstützung der ch Stiftung das Seminar vor. Die SSK nimmt mit einer Vertretung im OK Einsitz. Die Ausgabe 2025 des Regierungsseminars widmete sich den Themen Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Roger Nobs, AR

3.6 Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

Das politische Führungsgremium der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS), bestehend aus elf Mitgliedern, und ist verantwortlich für die Strategie und die Aufsicht. Der Vorsitz wurde in Co-Leitung von Regierungsrat Markus Dieth (AG) (2025) und Bundesrätin Karin Keller-Sutter (2024) wahrgenommen. Es nehmen drei Bundesrätinnen und Bundesräte, fünf Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Regierungen und drei Vertreter der Städte und Gemeinden im politischen Führungsgremium Einsitz; Thomas Minger vertritt die KdK und Daniel Spadin die SSK mit beratender Stimme. Das Gremium tagte in der Berichtsperiode drei Mal. Im Zentrum standen dabei insbesondere folgende Geschäfte: Freigabe des Umsetzungsplans 2025 mit einem Finanzierungsvolumen von ca. CHF 26 Mio. Auftrag zur Erarbeitung des Evaluationsberichts DVS (www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/aufbau) und dessen Kenntnisnahme: Bund und Kantone haben einen etappenweisen Aufbau der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) vorgesehen, um eine bedarfsgerechte Entwicklung der föderalen Zusammenarbeit zu ermöglichen. In der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die DVS wurde dementsprechend festgelegt, bis spätestens 2026 Entscheidungsgrundlagen für eine allfällige Weiterentwicklung der DVS vorzubereiten. Die Konsultation zur zweiten Etappe der DVS findet zwischen April und September 2025 statt. Der Jahresbericht 2024 der DVS und detaillierte Informationen zu den einzelnen Sitzungen bzw. Geschäften können [hier](#) abgerufen werden.

Daniel Spadin, GR

3.7 Institutsrat des Instituts für Föderalismus

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus hat im Berichtszeitraum dreimal getagt (ordentliche Sitzungen vom 25. November 2024 und 31. März 2025 sowie ausserordentliche Sitzung vom 17. Juni 2025). Wichtigstes Thema war nebst den ordentlichen Standardgeschäften (Geschäftsbericht, Budget, Rechnung usw.) die Frage einer Neu-Ausrichtung des Instituts für den Fall, dass die angestrebte Verankerung einer wiederkehrenden Grundfinanzierung im Bundesrecht scheitern sollte. Der Institutsrat diskutierte zu diesem Zweck verschiedene Varianten. Sollte es nicht gelingen, den Bund für eine Mitfinanzierung zu gewinnen, wird das internationale Zentrum seine Tätigkeit sehr bald drastisch reduzieren müssen.

Christoph Auer, BE

3.8 Interkantonale Kontaktgruppe Axioma

Die interkantonale Kontaktgruppe Axioma (IKA) ist eine ERFA-Gruppe für die Kantone, welche die Geschäftsverwaltungssoftware CMI im Einsatz haben. Auch vertreten ist das Fürstentum Liechtenstein. Ziele sind der Erfahrungsaustausch und das Einbringen der strategischen Kundenbedürfnisse bei der CM Informatik AG (CMI). Die IKA hat im Berichtszeitraum am 18. Oktober 2024 und am 3. April 2025 getagt.

An ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2024 wurde die Kundenzufriedenheitsumfrage besprochen. Die Umfrage hat ergeben, dass die Kantone grundsätzlich zufrieden sind mit CMI Axioma. Gestützt auf die Umfrage wurde der CMI zurückgemeldet, dass die Kantone einen stärkeren Einbezug bei der strategischen Weiterentwicklung erwarten und gewisse Performance-Probleme rasch gelöst werden sollen. Zudem liess sich die IKA im Detail über die Preispolitik der CMI informieren.

An der Sitzung vom 3. April 2025 hat die CMI ihr neues Ambassadors-Programm vorgestellt, mit welchem auch die IKA-Mitglieder stärker in die strategische Weiterentwicklung eingebunden werden sollen. Dank der Intervention der IKA hat die CMI verschiedene Load- und Performance-Tests vorgenommen und Optimierungsmöglichkeiten gefunden. Der den Kantonen zur Verfügung gestellte Batch führte denn auch zu einer spürbaren Verbesserung der Performance. Ein Schwerpunktthema war das Zusammenspiel von CMI Axioma und Microsoft 365. Dabei konnte die CMI aufzeigen, wie sich CMI Axioma und Microsoft 365 wertvoll ergänzen können. Zudem erhielt die IKA einen ersten Einblick in die eindrücklichen Möglichkeiten, welche sich mit der künstlichen Intelligenz bieten werden.

Mathias Brun, SZ

3.9 Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung

Die Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung, in deren Vorstand die SSK durch Roger Nobs und Christoph Auer vertreten sind, hat im Berichtsjahr eine wissenschaftliche Tagung zum Thema «Rechtsetzung durch Konkordate» durchgeführt. Das für die Kantone wichtige Thema stiess auf breites Interesse. Die SSK-Vertreter werden auch in Zukunft dafür besorgt sein, dass kantonale Themen und Sichtweisen in den Tagungen genügend Beachtung finden.

Christoph Auer, BE

3.10 Weitere Vertretungen

Die SSK ist in einigen nationalen Gremien durch Führungskräfte der Staatskanzleien vertreten.

3.10.1 Interkantonale Fachgruppe E-Government (FG e-Gov)

Die interkantonale Fachgruppe E-Government der Staatsschreiberkonferenz (SSK) führte im Jahr 2024 sämtliche geplanten Sitzungen ordnungsgemäss durch. Neben der vertieften Auseinandersetzung mit fachlichen Schwerpunktthemen widmete sich die Fachgruppe insbesondere strategischen Fragen hinsichtlich ihrer zukünftigen Ausrichtung. Im Zentrum stand dabei die Anpassung der fachgruppenspezifischen Aufgaben und Strukturen an die Umsetzungspläne der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS).

Die Sitzung vom August 2024 widmete sich schwerpunktmässig den Themenbereichen «Support für die Bevölkerung im digitalen Raum» sowie «Weiterbildung im Kontext der digitalen Transformation». Der Kanton Graubünden präsentierte die im Zuge der digitalen Entwicklungen aufgebaute Supportorganisation und erläuterte die zugrunde liegenden konzeptionellen Überlegungen. Ergänzend stellte der Kanton Aargau das Projekt SmartAargau vor, welches sich auf die Weiterbildung mit besonderem Fokus auf die Förderung digitaler Kompetenzen von Führungskräften sowie auf die Stärkung der digitalen Grundkompetenzen der Mitarbeitenden konzentriert. Die entsprechenden Unterlagen zu beiden Fachthemen wurden den Teilnehmenden zur weiteren Verwendung und im Sinne einer vertieften interkantonalen Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt. Zum Abschluss der Sitzung stellte der Kanton St.Gallen die geplante Neuausrichtung der Fachgruppe ab dem Jahr 2025 vor und eröffnete dazu die Diskussion.

Im ersten Teil der Dezembersitzung informierten Vertretende der Stadt Zürich über das Projekt «Schweizweite Betreibungsregistrauskunft BRA CH». Neben der politischen Entwicklung des Vorhabens und Botschaft des Bundesrats lag der Schwerpunkt der Ausführungen insbesondere auf dem Funktionsumfang sowie der Systembeschreibung des BRA CH und der engen Verknüpfung zwischen Projektplanung und rechtlichen Rahmenbedingungen. Im zweiten Teil der Sitzung stellten die teilnehmenden Kantone ausgewählte Vorhaben und erreichte Meilensteine vor. Der Kanton St.Gallen ergänzte die Präsentationen mit einem Überblick zur Digitalisierung der Apostille und des Apostillenregisters.

Diese Sitzung markierte zugleich den Abschluss der Leitungstätigkeit von Marc Heuberger (Kanton Graubünden) gemeinsam mit Beat Wyler (Kanton Solothurn) und Stéphane Schwab (Kanton Freiburg) im leitenden Ausschuss. Mit grosser Dankbarkeit für das entgegengebrachte Vertrauen und die konstruktive

Zusammenarbeit übergeben wir die Leitung der Fachgruppe per 1. Januar 2025 an die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz (SSK).

Marc Heuberger, GR

3.10.1 Fachgruppe Digitale Verwaltung der SSK

Die Fachgruppe Digitale Verwaltung der Konferenz der Staatsschreiberinnen und Staatsschreiber (SSK) wurde auf den 1. Januar 2025 von der SSK neu eingesetzt und befasst sich mit aktuellen Fragestellungen zur digitalen Transformation auf Ebene der Kantone. Sie dient dem Erfahrungsaustausch, der Positionsbildung sowie der Koordination gemeinsamer Anliegen in Richtung Bund, Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) und weiterer Partner. Im Jahr 2025 fanden zwei ordentliche Sitzungen der Fachgruppe unter der Leitung des Kantons St.Gallen (vertreten durch Staatssekretär Benedikt van Spyk) statt.

Im Zentrum der Februarsitzung standen strategische Informationen zur Weiterentwicklung der DVS. Die Geschäftsstelle DVS stellte den aktuellen Stand der Umsetzungsplanung 2025 vor und erläuterte das Vorgehen für die Konsultation zur Planung 2026. Ein weiterer Schwerpunkt war die Präsentation der Ergebnisse einer Umfrage zu den in den Kantonen im Einsatz stehenden eGov Basisservices wie namentlich eID, E-Payment, E-Signatur und E-Zustellung. Die Resultate zeigten ein breites Interesse an interoperablen Lösungen in Bereichen wie Authentifizierung, Zustellung und Registeranbindung.

Auf dieser Grundlage legte die Fachgruppe ihre Arbeitsschwerpunkte für das Jahr fest. Namentlich sollten an den kommenden Sitzungen die Themen E-Zustellung, eID und unterschiedliche Portallösungen einschliesslich EasyGov des Bundes vertieft werden. Ergänzend präsentierte der Kanton St.Gallen das Projekt «E-Collecting», das die rechtskonforme elektronische Sammlung von Unterschriften für politische Vorlagen ermöglichen soll.

Die Maiveranstaltung widmete sich schwerpunktmässig dem Thema digitale Zustellung. Einleitend wurde die in diesem Zeitpunkt in der Konsultation stehende Weiterentwicklung der DVS vorgestellt. Anschliessend informierten Vertreterinnen und Vertreter der DVS über aktuelle Entwicklungen im Bereich E-Zustellung und das geplante Vorprojekt der DVS zu diesem Thema. Die Vertreter der Schweizerischen Post stellten den aktuellen Stand der ePost-App vor. In der anschliessenden Diskussion wurden die Anforderungen und Erwartungen der Kantone namentlich an das aktuell laufende Vorprojekt der DVS vertieft. Zur Sprache kamen unter anderem Fragen der Interoperabilität, der rechtlichen Absicherung, der Zuständigkeiten sowie der organisatorischen Integration solcher Dienste in die kantonalen Prozesse.

Ergänzend berichteten zwei Kantone über ihre Erfahrungen: Der Kanton Zürich stellte seine gesetzliche Grundlage für digitale Verwaltungsverfahren vor, der Kanton Thurgau informierte über die laufende Zertifizierung einer digitalen Zustellplattform. Beide Beiträge gaben Einblick in konkrete Umsetzungsherausforderungen und Lösungsansätze.

Zum Abschluss tauschten sich die Teilnehmenden über laufende kantonale Projekte aus und bestimmten Themen für die nächste Sitzung im August 2025. Dazu gehören unter anderem das Zusammenspiel von eID und AGOV sowie die in diesem Bereich erforderlichen kantonalen Umsetzungsmassnahmen.

Mit ihrer Tätigkeit im Jahr 2025 trug die Fachgruppe zur fachlichen Abstimmung unter den Kantonen sowie zur Einbindung kantonalen Perspektiven in nationale Entwicklungen der digitalen Verwaltung bei. Zentral ist aber insbesondere auch der persönliche Kontakt und Austausch unter den Teilnehmenden aus den verschiedenen Kantonen.

Benedikt van Spyk, SG

4 Laufende Projekte:

4.1 E-Voting

4.1.1 Steuerungsausschuss E-Voting

In der Berichtsperiode traf sich der Steuerungsausschuss Vote électronique zu vier Sitzungen (2. September 2024, 5. Dezember 2024, 3. März 2025, 26. Mai 2025)¹. Die Sitzung vom 5. Dezember fand physisch statt und war gefolgt von einem Mittagessen auf Einladung der Bundeskanzlei, um die 50. Sitzung des Steuerungsausschusses (2. September) nachträglich zu feiern. Auch künftig sollen physische Sitzungen stattfinden, nicht durchwegs wie vor der Pandemie, aber vermehrt.

Zwei Herausforderungen prägen die Diskussionen. Zum einen ist es die Umsetzung des gemeinsam erarbeiteten [Massnahmenkatalogs](#), dessen Stand im Rahmen des Entscheids über die Grundbewilligung vom Bundesrat mitberücksichtigt wird und die Frage nach der weiteren Ausdehnung. Dazu diente auch die Umfrage der Staatsschreiberkonferenz.

Am Informationsanlass der Bundeskanzlei für die Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier zu E-Voting im Bernerhof am 18. Dezember 2024 engagierten sich die E-Voting-Kantone mit einem Inputreferat, mit Präsentationen und der Beantwortung der Fragen der rund 25 anwesenden Ratsmitglieder.

Im Hinblick auf die Frühjahrskonferenz in Stans am 27./28. März 2025 wurde eine Umfrage bei allen Kantonen durchgeführt, um eine Übersicht zu gewinnen, wie die Kolleginnen und Kollegen die Einführung von E-Voting in ihrem Kanton beurteilen.

Die Umfrage unterschied drei Gruppen:

1. Kantone, die E-Voting bereits einsetzen;
2. Kantone, die den Einsatz bis zu den nächsten nationalen Wahlen 2027 planen;
3. Kantone, die keine konkret terminierte Pläne zu E-Voting haben.

Die Resultate zeigten, dass sich zusätzlich zu den sieben Kantonen (BS, GR, SG und TG; sowie die für 2026 in Aussicht stehenden GE, LU und NE) aktuell keine «neuen Kantone» abzeichnen. In der Beantwortung des Fragebogens benennen die neu hinzukommenden Kantone die Herausforderungen, denen sie begegnen müssen. Es gilt, die angesprochenen Fragen anzunehmen und die bisherige Arbeit in diesem langjährigen Projekt weiterzuentwickeln. Die Kantone ohne konkrete Pläne zu E-Voting nennen als Hindernisse einer Einführung unter anderem das Kosten/Nutzen-Verhältnis und die finanzielle Situation ihres Kantons. Die Umfrage hat aber auch nach ihren nächsten, konkreten Schritten, die Verankerung von e-Voting in der Digitalisierungsstrategie sowie nach politischen Vorstössen gefragt, so dass ein aktuelles Bild entstanden ist.

An seiner Sitzung vom 25. Juni 2025 hat der Bundesrat beschlossen, die Grundbewilligungen der Kantone Basel-Stadt, St. Gallen, Graubünden und Thurgau für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen zu erneuern. Die Grundbewilligungen gelten für ein limitiertes Elektorat bis und mit der Abstimmung vom 6. Juni 2027.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

¹ Der Steuerungsausschuss traf sich mittlerweile zu 53 Sitzungen. Er wurde auf Initiative der E-Voting-Kantone initiiert und an der Frühlingskonferenz 2011 implementiert. In den letzten Jahren wurde er kantons- sowie bundesseitig neben dem Direktor des BJ verstärkt durch die Staatssekretärin des SBFI, sowie den Direktor BACS. Die Staatsschreiberkonferenz entsendet sechs kantonale Mitglieder.

4.1.2 Arbeitsgruppe Vote électronique der Staatsschreiberkonferenz

Die digitale Vorbereitung der Sitzungen des Steuerungsausschusses in der Arbeitsgruppe VE SSK unter den Kantonen ist bestens etabliert. Die Kolleginnen und Kollegen können sich dabei auf äusserst fundierte Vorarbeiten der kantonalen Projektverantwortlichen stützen, die an dieser Stelle erneut herzlich verdankt sei.

Im Hinblick auf die ausgedehnte Diskussion zum Massnahmenkatalog im Steuerungsausschuss am 5. Dezember 2024 haben sich die Staatsschreiberinnen und Staatsschreiber und die Projektverantwortlichen zu einem Workshop getroffen, um das gemeinsame Verständnis der Massnahmen selbst zu erweitern und mögliche Priorisierungen zu diskutieren.

Die Arbeitsgruppe hat im Berichtsjahr auch erneut in das Thema Kommunikation investiert und ein Konzept für die aktuelle Phase der Weiterführung und Ausweitung des Versuchsbetriebs genehmigt, das die Arbeitsgruppe Kommunikation ausgearbeitet hat. Der Steuerungsausschuss hat dieses ebenfalls zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Ausdehnung auf die Kantone Luzern, Genf und Neuchâtel wird erneut dazu führen, dass der Prozess der Abstimmung zwischen der Koordination der Kommunikationsinhalte und der kantonalen Kommunikationsbedürfnisse aktualisiert werden muss. Dazu gilt es, den mit dem Bund definierten Fokus der Kommunikation einzuhalten. Bewährt haben sich aber auch hier, in der Arbeitsgruppe Kommunikation, die Abläufe bei der Vorbereitung anstehender Kommunikationsinhalte und bei der Reaktion auf Medienanfragen.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

4.2 Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

4.2.1 Arbeitsgruppe Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

Der Arbeitsgruppe Digitale Verwaltung SSK gehören Kathrin Arioli, Danielle Gagnaux, Benedikt van Spyk und Daniel Spadin an. Ihre Aufgaben umfassen u.a. die Unterstützung der Vertretung der SSK im politischen Führungsgremium, Koordinationsaufgaben (Musterstellungnahmen und Einschätzungen bei Umfragen), Einbezug bei Auswertung der Konsultationen der Kantone (durch DVS/KdK) und das Mitwirken bei möglicher Weiterentwicklung der DVS.

Die Arbeitsgruppe tagte in der Berichtsperiode drei Mal. Unter anderem beschäftigte sie sich mit der Neuaufstellung der Interkantonalen Fachgruppe Digitale Verwaltung SSK (inkl. Revision des Reglements) unter der neuen Leitung von Benedikt van Spyk; der Erarbeitung von zwei Musterstellungnahmen zu Handen der SSK zur Revision der Agenda 2026 der DVS (u.a. mit dem Ziel, ein Inventar der digitalen Verwaltungsleistungen aller Staatsebenen zu erstellen, das Aufschluss darüber gibt, was standardisiert werden soll) und zur Konsultation Weiterentwicklung der DVS. Die Arbeitsgruppe hat sich zudem vorgenommen, sich künftig mit der Regulierung der Künstlichen Intelligenz in den Kantonen zu befassen.

Daniel Spadin, GR

5 Weitere Tätigkeiten

5.1 Veröffentlichung von Studien

Im Berichtsjahr wurde von der SSK keine Studie durchgeführt.

5.2 Interkantonale Vergleiche

Im Berichtsjahr wurde von der SSK kein interkantonaler Vergleich durchgeführt.